

**A**cht Minuten und 46 Sekunden. Die Zahlen haben sich eingetrieben ins kollektive Gedächtnis der Amerikaner. So lange drückte Derek Chauvin sein Knie in den Nacken George Floyds, bis der gefesselt auf dem Straßenasphalt liegende Afroamerikaner das Bewusstsein verlor. 16-mal hatte Floyd geklagt, er bekomme keine Luft mehr. Der Polizist hatte das „I can't breathe“ ebenso kaltherzig ignoriert wie das verzweifelte Flehen des Festgenommenen, dass er unter Platzangst leide, sein Magen schmerze, sein Genick schmerze, alles wehtue. Floyd solle aufhören zu reden, zu schreien, entgegnete Chauvin. „Sie bringen mich noch um“, stöhnte der Gepeinigte. „Dann hör auf zu reden, hör auf zu schreien“, wiederholte der Uniformierte. „Man braucht verdammt viel Sauerstoff, um zu reden.“ Er kniet auch dann noch auf dem Hals seines Opfers, als Passanten ihn, im Ton immer dringlicher, auffordern, endlich abzulassen von dem Mann. Weil eine Schülerin namens Darnella Frazier die Szene mit ihrer Handykamera filmt, ist die anfängliche Version des Minneapolis Police Department schnell als Lüge entlarvt. Die Beamten hätten bemerkt, dass sich Floyd „in medizinischer Not“ befand, hieß es in einem ersten

Statement, worauf sie einen Krankenwagen gerufen hätten. Chauvin steht ab Montag in Minneapolis vor Gericht. Im Saal C-1856, dem größten des Hennepin County Courthouse, rund sechs Kilometer entfernt vom Tatort, der Kreuzung Chicago Avenue/38th Street, an der das Lebensmittelgeschäft Cup Foods liegt. Dort hatte Floyd am Abend des 25. Mai 2020, an einem Feiertag, Memorial Day, Zigaretten gekauft. Drei Jahre zuvor war er von Houston nach Minneapolis gezogen, in der Hoffnung auf einen Neubeginn, in der Hoffnung, aus einem Teufelskreis auszuweichen, nachdem er viele Monate in Gefängnissen verbracht hatte. Anfangs lief es gut, er begann eine Ausbildung zum Lastwagenfahrer und arbeitete nebenbei als Wachmann bei der Heilsarmee, später als Türsteher eines Nachtclubs. In der Pandemie musste der Club schließen. Floyd, selbst mit dem Coronavirus infiziert, war arbeitslos.

Für die Zigaretten bei Cup Foods bezahlt er nach Angaben des Kassierers mit einem gefälschten 20-Dollar-Schein. Die Polizei wird alarmiert, zwei Beamte, Alexander Kueng und Thomas Lane, binden ihm die Hände auf dem Rücken zusammen und setzen ihn in ihr Auto. Dann kreuzt eine zweite Streife auf, bestehend aus Derek Chauvin und Tou Thao. Chauvin übernimmt das Kommando. Irgendwann zerrt er Floyd aus dem Wagen, bevor er ihm mit seinem Knie im Nacken die Luft abschnürt, während Kueng auf der Brust des 46-Jährigen und Lane auf dessen Beinen kniet. Mord zweiten Grades, lautet die Anklage gegen ihn. Kueng, Lane und Thao, gegen die erst ab August verhandelt wird, müssen sich wegen Beihilfe zum Mord verantworten.

Zunächst gilt es, die Jury der Geschworenen zusammenzustellen, die allein über Schuld oder Unschuld befindet. Peter Cahill, der zuständige Richter, wird unter Dutzenden nach dem Zufallsprinzip angeschriebenen Kandidaten zwölf auswählen. Im Idealfall wären es Leute, die von den



## Acht Minuten, 46 Sekunden

Der Todeskampf von George Floyd hat sich ins Gedächtnis der Amerikaner gebrannt und das Land verändert. Ab Montag steht der verantwortliche Polizist vor Gericht. Von Frank Herrmann

Taten, über die sie zu urteilen haben, vorab wenig wissen. In diesem Fall ist das natürlich unrealistisch, vielmehr geht es darum, Geschworene zu finden, denen man zutraut, neutral abzuwägen, trotz allem, was sie gehört, gelesen, im Fernsehen gesehen und nach dem Mord an Protesten in ihrer Stadt erlebt haben. Am 29. März soll der eigentliche Prozess beginnen. Bürgermeister Jacob Frey hat schon jetzt angekündigt, dass 2000 Nationalgardisten bereitstehen, um einzugreifen, falls es zu Unruhen kommt.

Washington, Lafayette Square. An dem Metallzaun, der den kleinen Park vorm Weißen Haus seit Juni abriegelt, hängen sie noch immer, die Poster, die Demonstranten nach dem Tod Floyds an das Gitter geknüpft haben. „Black Lives Matter!“ „Say Their Names!“, darunter eine lange Liste mit Namen, von Michael Brown, dem 2014 von einem Polizisten in Ferguson erschossenen schwarzen Teenager, bis zu Breonna Taylor, der schwarzen Rettungssanitäterin, die tödlich von Kugeln getroffen wurde, nachdem Polizisten nachts ihre Wohnungstür aufgebrochen hatten und die Schüsse ihres Freundes, der sie für Einbrecher hielt, erwiderten.

„Breathe!“, steht auf einem verbleichenen Blatt Papier, das in einer Plastikhülle steckt. Es bedeutet, dass man frei atmen, sich – im übertragenen Sinn – nicht einschüchtern lassen soll, auch nicht von Donald Trump. Die breite Straße, die von Norden her zum Lafayette Square führt, heißt seit neun Monaten Black Lives Mat-

ter Plaza. An der Ecke St. John's Church ließ Trump am Pfingstmontag friedliche Demonstranten aus dem Weg knüppeln, um sich vor dem Gotteshaus mit einer Bibel in der Hand fotografieren zu lassen. Eine Triumphgeste, die letztlich zu seiner Wahlniederlage beigetragen haben dürfte. Dass er den Kürzeren gegen Joe Biden zog, lag maßgeblich an den Frauen im Mittelschichtmilieu des Vorortgürtels, der sich geordnet um amerikanische Großstädte zieht.

Als die Protestwelle rollte und Trittbrettfahrer die Gelegenheit nutzten, um Geschäfte zu plündern, sprach der Präsident von wütenden Randalierern, die bald auch die heile Welt Suburbias stürmen würden. Die angesprochenen Vorstadtfrauen hat das wenig beeindruckt. Eher schreckte sie ab, wie sich der Staatschef in der Rolle des starken Mannes inszenierte.

Während Trumps Wahlkampfteam Plakate mit der Aufschrift „Back the Blue“ drucken ließ, um hundertprozentige Unterstützung für die blau uniformierten Polizeikräfte zu signalisieren, drängen die Demokraten im Kongress auf Reformen, bestehend aus drei Kernpunkten. Ein Verbot von Würgegriffen im Polizeieinsatz. Ein Ende des „racial profiling“, das junge Schwarze und Latinos von vornherein unter eine Art Generalverdacht stellt. Eine Einschränkung der Immunität, die Beamte bis dahin häufig vor Klagen schützte. Der erste Anlauf scheiterte im Sommer daran, dass der damals noch von den Republikanern dominierte

Senat bremste. Nun hat das Repräsentantenhaus die Novelle zum zweiten Mal verabschiedet, wobei sich kein einziger Republikaner fand, der sich mit den Demokraten verbündete. Als Nächstes ist die Senatskammer am Zug, allerdings müssten 60 ihrer Mitglieder, darunter zehn Konservative, dem „George Floyd Justice in Policing Act“ zustimmen, soll er Gesetzeskraft erlangen. Kaum jemand rechnet damit.

So festgefahren die Fronten im Kapitol scheinen, in der Gesellschaft hat der Schock der acht Minuten und 46 Sekunden Wirkung gezeigt. Umfragen zufolge hielten in den Wochen danach drei Viertel der Amerikaner die Diskriminierung von Menschen mit dunkler Haut für ein akutes Problem – sechs Jahre zuvor hatte es nur etwa die Hälfte so gesehen. 57 Prozent teilen inzwischen die Ansicht, dass die Polizei gegenüber Schwarzen eher exzessive Gewalt anwendet als gegenüber Weißen. 2014 waren es nur 33 Prozent gewesen.

George Floyd war nicht der Erste, den Derek Chauvin ohne ersichtlichen Grund zwang, sich auf den Asphalt zu legen. Die Lokalzeitung „Minneapolis Star Tribune“ hat mittlerweile auch andere Fälle dokumentiert, zum Beispiel einen am 3. Mai 2020, als ein Mittzwanziger namens Adrian Drakeford beim Verlassen seiner Wohnung brutal zu Boden geworfen wurde. Im Übrigen zu Unrecht verdächtigt, wie sich bald herausstellte. Insgesamt gingen 17 Beschwerden gegen Chauvin ein. Ein einziges Mal wurde er deswegen von seinen Vorgesetzten verwahrt.

Derek Chauvin Methoden waren bei der Polizei bekannt.



Polizist Derek Chauvin schnürt George Floyd erbarmungslos die Luft ab. Foto: AP/Darnella Frazier

## Krisengewinnler, Korruptionsverdacht, Kollegenwut

An Masken verdient, einem Diktator geholfen? Die Unionsfraktion wird von neuen Enthüllungen erschüttert. Von Christopher Ziedler

**D**ie Sitzungswoche im Bundestag neigt sich am Freitagnachmittag gemächlich dem Ende zu. Im Plenarium wird noch über das neue Vormundschaftsrecht debattiert, auch ein Antrag der AfD, der die Coronapandemie für beendet erklären würde, steht auf dem Programm. Die Reihen haben sich aber bereits gelichtet, manche Abgeordnete, vor allem jene aus entfernteren Ecken der Republik, sitzen schon im Zug nach Hause. Auf ein geruhiges Wochenende aber können sich zumindest die Abgeordneten der größten Regierungsfraktion von CDU und CSU nicht freuen – dort gehen die Krisengespräche weiter, müssen Erklärungen aufeinander abgestimmt werden.

Erst ist es nur ein Einzelfall gewesen, als in der vergangenen Woche Vorwürfe gegen den Neu-Ulmer CSU-Abgeordneten Georg Nüßlein und eine groß angelegte Razzia bekannt wurden. Die Staatsanwaltschaft München hatte insgesamt 13 Räumlichkeiten durchsuchen lassen – darunter seine Abgeordnetenbüros, die Berliner Privatwohnung, aber auch Objekte in Liechtenstein, wo Nüßleins Firma Gedächte abgewickelt haben soll. Der Verdacht wiegt schwer, in der Coronakrise

umso mehr: Ausgerechnet der für die Gesundheitspolitik zuständige Fraktionsvize soll einem Maskenhersteller Aufträge der Bundesregierung erhalten haben: 660.000 Euro als Beraterhonorar. Bestechlichkeit, aber auch Steuerhinterziehung wegen der nicht angemeldeten Umsatzsteuer stehen im Raum – Nüßlein selbst bezeichnete die Vorwürfe als „haltlos“.

Tapfer halten der Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus (CDU) und CSU-Gruppenchef Alexander Dobrindt die Unschuldsvormutung hoch. Aber Unmut und Ungeduld nehmen zu. Brinkhaus reicht nicht, was ihm Nüßlein bei einem Treffen als Erklärung geliefert hat, wie es in der Fraktion heißt – die Kollegen erwarten mehr und konkretere Angaben. Viele sind „sprachlos“, „fassungslos“, „verärgert“.

Zumal es an diesem Freitag noch viel dicker gekommen ist und die tröstliche Erzählung vom Einzelfall Nüßlein nicht mehr trägt. Wie der „Spiegel“ zuerst berichtet, hat auch der Mannheimer CDU-Parlamentarier Nikolas Löbel im vergangenen Frühjahr in die eigene Tasche gewirtschaftet, als er Unternehmen anbot, ihnen die damals knappen Masken bei

einer Firma in der Nähe von Tuttlingen besorgen zu können. „Für jede Maske, die über mich bei Bricon bezogen wird, erhalte ich vom Käufer 0,12 € zzgl. MwSt. je nach Bestellmenge“, heißt es in bekannt gewordenen Dokumenten. Insgesamt erhielt der Abgeordnete 250.000 Euro, wie er am Freitag in einer Erklärung selbst bestätigt. Löbel will aber nicht als Abgeordneter, sondern als Unternehmer gehandelt haben, eine rechtswidrige Beeinflussung öffentlicher Auftragsverfahren liege schon gar nicht vor. Trotzdem hätte er in der Pandemie, so schreibt Löbel, „sensibler handeln müssen. Diesen Fehler mache ich mir selbst zum Vorwurf“.



Unter Korruptionsverdacht: Georg Nüßlein (CSU). Foto: dpa/Soeren Stache

Zu allem Überfluss ist bereits am Freitag ein ganz anders gelagerter Fall, der des Karlsruher Abgeordneten Axel Fischer, bekannt geworden. Dabei geht es um den „Anfangsverdacht der Bestechlichkeit von Mandatsträgern“. Fischer, einst vom Bundestag in den Europarat entsandt, soll bis 2016 Teil eines Netzwerks gewesen sein, das gegen Geld die Interessen des aserbaidjanischen Regimes von Ilham Alijew vertreten haben soll.

All das führt am Freitag nicht nur dazu, dass Linken-Fraktionsgeschäftsführer Jan Korte der Union unwidersprochen „ein fettes Korruptionsproblem“ attestieren kann, das dem Ansehen der Politik „unendlich“ schade. Hinter den Kulissen glühen die Drähte. CDU-Chef Armin Laschet ist alarmiert, in der Fraktionsspitze werden Konsequenzen diskutiert, die Sorge, dass noch mehr Fälle folgen, ist groß.

Am späten Nachmittag, unter der Reichstagskuppel wird gerade über den CO<sub>2</sub>-Preis debattiert, kommt es fast zeitgleich zu zwei Ankündigungen: Nüßlein lässt sein Amt als Fraktionsvize nicht nur ruhen, sondern legt es nieder und tritt auch nicht mehr zur Bundestagswahl an. In einem Gespräch mit Brinkhaus erklärt Löbel – möglicherweise nicht ganz freiwillig –, dass er auf seinen Sitz im Auswärtigen Ausschuss verzichtet. Genau mit dieser internationalen Vernetzung hatte er die Maskeninteressenten umworben.

## Wahl im Zeichen der Pandemie



Die Landtagswahl wird auch durch das Coronamanagement der Regierung entschieden. Von Joachim Dorfs

**I**n gut einer Woche wählen die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger einen neuen Landtag. Die Landesregierung, oder zumindest ein Teil davon, hat allen Grund, zuversichtlich in die Wahl zu gehen. Das zeigen die aktuellen Wahlumfragen, und das zeigt auch der BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen. Der Umfrage zufolge attestiert die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der grün-schwarzen Koalition im Umgang mit der Coronapandemie gute oder sogar sehr gute Arbeit.

Das zeugt von einer differenzierten, man kann auch sagen: von einer nachsichtigen Beurteilung der Wähler. Denn das Krisenmanagement ist nicht perfekt. Doch offenbar berücksichtigen die Befragten, was für eine Landesregierung möglich ist und was nicht.

Zugutekommen wird der positive Befund vor allem den Grünen und Regierungschef Winfried Kretschmann, der das Gesicht der Landesregierung ist. Seine Zustimmungswerte, wie die der Regierung insgesamt, sind zwar immer noch hoch, aber nicht mehr dem Irdischen so weit entückt wie noch vor einem Jahr.

Im Verlauf der Pandemie hatten die Regierungsparteien betont, die Bekämpfung des Virus verlaufe abseits des Wahlkampfes – die Größe der Herausforderung fordere überparteiliche Sachpolitik. Diese Aussage hat sich als unrealistisch entpuppt. Denn in den vergangenen Wochen hat sich – bei allen Gemeinsamkeiten – durchaus gezeigt, dass die Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann und Winfried Kretschmann unterschiedliche Ansätze verfolgen und dies mit dem Blick auf die Wahl auch kundtun. Eisenmann war stets forscher bei Öffnungen als Kretschmann, während sich der Ministerpräsident ins Team Vorsicht einreichte.

Zudem entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der Wahl zwar auch über Konzepte etwa der Wirtschafts- oder Klimapolitik, doch es wäre wirklichkeitsfremd zu glauben, sie würden ihre Entscheidung nicht auch an der aktuellen Pandemieperformance ausrichten.

Wer die Coronabilanz der Landesregierung aufstellt und sie an realistischen Maßstäben misst – also nicht mit Israel, sondern mit anderen Bundesländern vergleicht –, der stellt fest: Hinsichtlich der Ausbreitung des Virus hat sich das Land wacker geschlagen und verzeichnet einen der niedrigsten Inzidenzwerte im Bund. Umgekehrt hinkt die Impfkampagne im Deutschlandvergleich hinterher. Und beim Testen gibt es lokal beeindruckende Initiativen, die aber nicht auf Initiativen der Landesregierung zustande kamen.

Wer die neue Landesregierung anführt, der bekommt in der Umfrage bereits ein Anliegen mit auf den Weg: Die Hälfte der Befragten fühlt sich im Umgang mit der Krise ohnmächtig und ohne Ansprechpartner für Kritik und Anregungen. Hier muss die neue Landesregierung ansetzen.

### Unten Rechts

## St. Hornbach

Der Baumarkt ist der letzte Ort wahren Brauchtums. Von Martin Gerstner

**S**eit vor einigen Jahren eine Aromadampfdusche in der Hornbach-Filiale in Altötting schwarze Tränen weinte, gelten Baumärkte als Orte spiritueller Energie. Jeden Samstagvormittag kommt es zu Wallfahrten von Männern in traditionellen Cargohosen. Nach einem kurzen Gebet in der Eisenwarenstraße ziehen sie mit einem festlich geschmückten Einkaufswagen durch die Gänge und murmeln bei jeder Station den schmerzhaften Rosenkranz der sieben abgesägten Zeigefinger. Dann beladen sie sich mit Leisten, Farbeimern und Pflanzenerde und unterwerfen sich den ihnen auferlegten Bußübungen des Wochenendes.

In bayerischen Baumärkten sind die Gänge 3 bis 15 (Eisenwaren, Sanitär und Handwerkzeuge) so zur letzten Heimat der Volksfrömmigkeit geworden. Und die Politik weiß: Wer die Lufttheater über dem Baumarkt erobert, gewinnt jede Wahl. Baden-Württembergs Regierungschef Kretschmann zögert jedoch mit der Öffnung. Kritiker vermuten, er habe in seiner privaten Holzwerkstatt längst alle Werkzeuge gelagert und könne dort noch zehn Jahre lang meditieren. Doch der Druck wächst: Viele Friseure suchen verzweifelt nach Kettensägen, um ihren Kunden nach Monaten wieder die Haare zu schneiden.